Neueste tagesaktuelle Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Freitag, 1. Mai 2020

EUROPOOL / POLITIK

COVID-19 in Italien - Überraschung, Schreck, Verlauf ... 30.4.2020

(SB) - Nachdem Ministerpräsident Giuseppe Conte mit seiner "Phase 2" im Kampf gegen die Corina-Pandemie eine Lockerung der Beschränkungen einleitet und ab dem 4. Mai die Produktion in vielen Unternehmen wieder aufgenommen wird, setzen "Proteste von Kaufleuten, Gastronomen und Restaurantmanagern in vielen Teilen Italiens, von Mailand über Portofino bis San Giovanni Rotondo" ein, weil sie zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgenommen bleiben ... *(S. 3)*

POLITIK / KOMMENTAR

COVID-19 - Schlachthauswunden für Mensch und Tier ...

(SB) - Wenn 300 ArbeiterInnen eines Schlachthofes an COVID-19 erkranken und 200 davon rumänische Angestellte einer Werkvertragsfirma sind, dann ist leicht ersichtlich, daß schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen die Verbreitung der Krankheit beschleunigen. Über das Elend in Deutschland ausgebeuteter WerkvertragslerInnen wurde in den letzten Jahren ausführlich berichtet [2], nur auf ihrem Rücken lassen sich Fleischpreise erzielen, die weder sozial noch ... *(S. 10)*

London -

mit wachsender Fahrt in den gesellschaftlichen Crash ...

(SB) 30. April 2020 - In Großbritannien wütet das neuartige Corona-Virus weiterhin besonders heftig. Den jüngsten offiziellen Zahlen zufolge haben sich dort 165.221 Menschen mit dem Covid-19-Erreger infiziert; die Zahl der Todesopfer der Lungenkrankheit liegt bei 26.097. Unabhängige Experten halten die Mortalitätsstatistik aus London für zu niedrig, weil viele Corona-Todesfälle in der eigenen Wohnung oder im Altenheim nicht amtlich registriert werden. Nach Auswertung aller verfügbaren Daten schätzt die Financial Times die Zahl der Todesopfer der Lungenkrankheit im Vereinigten Königreich auf mehr als 46.000. Man geht davon aus, daß Großbritannien demnächst Italien - aktuell 27.682 Corona-Tote - überholen und zum europäischen Land mit den meisten Verstorbenen infolge einer Infektion mit SARS-Cov2 wird. Vor dem Vereinigten Königreich dürften dann nur die USA - derzeit 62.175 Tote und 1.068.650 Infizierte - liegen.

Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens, welche die Regierung in Großbritannien mindestens eine Woche später als in den Nachbarstaaten verhängt hat, haben eine schwere Wirtschaftskrise nach sich gezogen. Die ökonomische Aktivität ist um mehr als 35 Prozent zurückgegangen; das National Institute of Economic and Social Research (NIESR) geht für 2020 von einem Schrumpfen des Bruttoinlandprodukts von 7,5 Prozent und bis Ende des Jahres von einer Arbeitslosenquote von mehr als 10 Prozent aus. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Management von British Airways hat am 29. April die Entlassung von 12.000 Beschäftigten - einem Drittel der Belegschaft - angekündigt.

In Politik und Medien Großbritanniens ist die Suche nach den Schuldigen für die nationale Katastrophe längst in vollem Gange mit Gesundheitsminister Matt Hancock in der Rolle des potentiellen Sündenbocks. Die Demission des glücklosen, für seine hölzernen Auftritte bekannten Hancock erscheint angesichts der unübersehbaren Mängel im britischen Gesundheitssytem nur noch eine Frage der Zeit zu sein, allen voran das massive Fehlen an Schutzkleidung und Atemschutzmasken für Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger, von denen mindestens 100 gestorben sind. Hancock gilt als politisch beschädigt, seit sich sein Ver-

sprechen, bis Ende April täglich landesweit 100.000 Corona-Tests durchführen zu lassen, als hohl erwiesen hat. Zuletzt lag die Testrate für Großbritannien bei etwas mehr als 50.000 am Tag. Der Todesstoß für die politische Karriere Hancocks dürfte die Enthüllung der BBC in der am 28. April ausgestrahlten Sendung "Has the government failed the NHS?" (National Health Service - Anm. d. SB-Red.) gewesen sein, daß die Behauptung des Ministers, die Regierung habe dem an der Covid-19-Front kämpfenden Krankenhauspersonal inzwischen mehr als eine Milliarde Stück Schutzkleidung zur Verfügung gestellt, ein Schwindel war. Die Hälfte des Materials bestand aus Gummihandschuhen, die nicht wie üblich paarweise, sondern einzeln gezählt wurden, um auf eine imposant klingende Zahl zu kommen.

Doch selbst wenn Hancock demnächst den Wölfen zum Fraß geworfen wird, sind die eigentlichen Schuldigen der ganzen Misere, Premierminister Boris Johnson und sein Chefberater Dominic Cummings, noch lange nicht aus dem Schneider. Beobachter gehen davon aus, daß das inkompetente Agieren der konservativen Regierung in der Anfangsphase der Corona-Krise Gegenstand der Arbeit einer großen parlamentarischen Untersuchungskommission wird. Anwälte der Angehörigen von Covid-19-Verstorbenen unter dem medizinischen Personal bereiten Zivilklagen wegen Versagens im Amt und Verstoßes gegen die Sorgfaltspflicht vor. Ob Johnson und Cummings die Aufarbeitung des Ausbruchs der Epidemie in Großbritannien politisch überleben ist fraglich, denn die Liste ihrer bereits jetzt bekannten Fehlgriffe und Versäumnisse ist lang.

Vernichtend ist der Bericht, den die Sunday Times am 19. April unter dem Stichwort "Coronavirus: 38 days when Britain sleepwalked into disaster" veröffentlicht hat. Daraus geht hervor, daß zwischen Ende Januar und Anfang März Johnson fünf Sitzungen des Krisenkabinetts COBRA zum Thema der heraufziehenden Pandemie, bei denen der Premierminister normalerweise den Vorsitz innehat und nur wegen ganz besonderer Umstände fehlen darf, schlicht aus Bequemlichkeit ferngeblieben ist. Statt dessen hat der 55jährige geschiedene Tory-Vorsitzende die fraglichen Wochenenden im luxuriösen Gästehaus der Regierung, dem Landschloß Chevening House in der Grafschaft Kent, mit seiner 32jährigen Verlobten Carrie Symonds verbracht. Im Bericht der Sunday Times wird ein Mitarbeiter Johnsons mit den Worten zitiert:

Wenn der Premierminister nicht da ist, dann kann man nicht mehr von Kriegsrat reden. Bei Boris stellte es sich heraus, daß er den Vorsitz der Beratungen anderen überlassen hat. Er wollte halt auf seine Ausflüge aufs Land nicht verzichten. Arbeiten am Wochenende kam für ihn nicht in Frage. Es war, als habe man es als Vorgesetzten mit einem altmodischen Kommunalverwaltungschef aus der Zeit vor 20 Jahren zu tun. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Krisenplanung einfach nicht sein Ding war.

Auch Cummings hat sich Eigenmächtigkeiten erlaubt, für die in der britischen Regierungsgeschichte jedes Beispiel fehlt. Von Cummings, der als genialer Stratege hinter der Kampagne für den Austritt Großbritanniens aus der EU 2016 sowie den grandiosen Sieg der Tories bei den Unterhauswahlen im vergangenen Dezember gilt, heißt es, er habe sich zu Beginn der Corona-Krise für die Herdenimmunität ausgesprochen und den Tod "einiger Rentner" als akzeptablen Preis bezeichnet. In Großbritannien besteht seit mehr als zehn Jahren eine Einrichtung namens Scientific Advisory Group for Emergencies. Die Beratungen der SAGE-Gruppe, die aus weltweit renommierten Akademikern, Ministern und ausgewählten Industriekapitänen besteht, soll frei von jeder parteipolitischen Beeinflussung sein. Deswegen dürfen Ministerialbeamte oder Regierungsberater den Sitzungen nur beiwohnen, wenn sie im Hintergrund bleiben und sich nicht in die laufende Diskussion einmischen.

Doch Cummings, der sich schon länger für das hellste Licht am Londoner Firmament hält, setzt sich über die bisherigen Regeln hinweg. Wie der Guardian am 24. April enthüllt hat, ist Cummings seit Anfang des Jahres nicht nur bei jeder SAGE-Sitzung dabeigewesen, sondern hat selbst regelmäßig das Wort ergriffen und die Beratungen in die von ihm gewünschte Richtung gelenkt. Bei den Autonomie-Regierungen in Belfast, Cardiff und Edinburgh hat die Enthüllung Empörung ausgelöst, da die jeweiligen Leiter der nordirischen, walisischen und schottischen Gesundheitsbehörden bei SAGE-Sitzungen zum Schweigen verdonnert sind und, wenn sie Fragen haben, diese 24 Stunden im

Voraus schriftlich einreichen müssen.

Hinzu kommt, daß Cummings nicht der einziger Special Adviser bei den SAGE-Beratungen ist. An seiner Seite saß der Datenwissenschaftler Ben Warner, der Cummings seit dem Brexit und der Unterhauswahl in Sachen Demoskopie sowie Ausforschung und Beeinflussung der Bürger beraten hat. Interessant an Warner ist zudem, daß die Firma seines Bruders Marc namens Faculty und das Unternehmen Palantir des US-Milliardärs und Donald-Trump-Wahlkampfspenders Peter Thiel seit Anfang des Jahres einen lukrativen Auftrag erhalten haben, die Patientendaten des NHS mittels künstlicher Intelligenz auszuwerten, um der Corona-Krise Herr zu werden. Ein Schelm, der hier an Vetternwirtschaft oder die Verwertung von Daten des staatlichen Gesundheitssystems und dessen Patienten zur Profitmaximierung dubioser KI-Unternehmen denkt.

Ein besonderer Aspekt der Corona-Krise in Großbritannien, der für erhebliche Kontroversen gesorgt hat und weiterhin sorgen wird, ist das Versäumnis Londons, sich im Februar und März an einer konzertierten Aktion der EU zur Sicherung und zum Kauf größerer Mengen Schutzkleidung sowie Atemgeräte zu beteiligen. Über den Grund, warum sich London an der Initiative, die sicherlich das Leben nicht weniger Briten gerettet hätte, nicht beteiligte, haben sich in den letzten Tagen Gesundheitsminister Hancock und seine Beamten in heillose Widersprüche verwickelt. Die erste Schutzbehauptung, die entsprechende Einladung zur Teilnahme habe man in London zu spät erhalten, haben die Vertreter der EU in Brüssel rasch widerlegt. Es steht der begründete Verdacht im Raum, daß die Johnson-Regierung, die am 31. Januar den formellen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die eigene Rolle bei dessen Vollendung groß gefeiert hat, aus ideologischen Gründen bei der paneuropäischen Aktion nicht dabei sein wollte, denn diese hätte der eigenen Vision vom "Global Britain", das wieder allein die restliche Welt erzittern läßt, widersprochen. Durch die Corona-Krise haben sich die Allmachtsphantasien der EU-feindlichen Brexiteers um Johnson und Cummings als pennälerhaftes Wunschdenken entpuppt.

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-400.html

EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

COVID-19 in Italien - Überraschung, Schreck, Verlauf ... 30.4.2020

(SB) 30. April 2020 - Nachdem Ministerpräsident Giuseppe Conte mit seiner "Phase 2" im Kampf gegen die Corina-Pandemie eine Lockerung der Beschränkungen einleitet und ab dem 4. Mai die Produktion in vielen Unternehmen wieder aufgenommen wird, setzen "Proteste von Kaufleuten, Gastronomen und Restaurantmanagern in vielen Teilen Italiens, von Mailand über Portofino bis San Giovanni Rotondo" ein, weil sie zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgenommen bleiben.

"In Mailand protestieren Gastronomen und Manager von Clubs, Kosmetikerinnen und Friseure gegen die Entscheidung der Regierung, die Schließung dieser kommerziellen Aktivitäten auch in Phase 2 fortzusetzen, die ab dem 4. Mai beginnt", schreibt die italienische Nachrichtenagentur ANSA am Donnerstag. Für sie werde "eine Wiedereröffnung erst am 1. Juni erwartet". Eine Delegation von Vertretern von etwa 2.000 Kaufleuten werde am Donnerstag bei der Stadtverwaltung in Mailand "aus Protest zweitausend Schlüssel für Restaurants, Schönheitssalons, Friseure und Kinos übergeben". Laut ANSA gibt es auch Proteste in anderen Regionen Italiens, besonders im Süden des Landes, wo beispielsweise in Apulien Restaurantbesitzer in ähnlicher Weise ihrem Unmut Luft machen. Dort drohe von 220.000 Mitarbeitern dieser Branchen 100.000 die Entlassung.

Wie die Agentur weiter berichtet, meldet sich der Führer der faschistischen Lega Matteo Salvini zurück. Angeblich wolle er die Interessen der Bürger "zu Miete, Rechnungen, Hypotheken" vertreten, für die es von der Regierung "keine Hilfe" gebe. Er greife die Proteste wegen der zu langen Schließungen auf und fordere, den Italienern Vertrauen zu schenken und die Selbsteinschränkung des ganzen Landes zu beseitigen.

Während die Führerin der Fratelli/Brüder Italiens (FdI) Giorgia Meloni die "rechte Mitte" - worunter das faschistische Lager mit Berlusconis Forza Italia (FI) und der Lega zu verstehen ist - vereinen will, setzt Salvini nach Ansicht von Beobabachtern darauf, die Regierung Conte durch eine Regierung der "nationalen Einheit" zu ersetzen. Nicht nur der Chef von Italia Viva (Lebendiges Italien - IV), Matteo Renzi, greife Conte an, sondern auch die sozialdemokratische Partito Democratico (PD) wanke und wolle "Conte nicht mehr abschirmen", schreibt ANSA. Wenn die von Conte beantragten Kredite "nicht innerhalb von 2 bis 3 Monaten bereitgestellt werden, sei das Risiko, auf MES zurückzugreifen, hoch". Dann wäre eine Regierung der nationalen Einheit, ein Technokratenkabinett, das auch die Lega unterstützt, "eine einfallsreiche Hypothese". Als Fazit der aktuellen Entwicklung wird in Italien vielfach angenommen, daß wohl bald eine neue Regierungskrise ins Haus steht.

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0314.html

EUROPOOL / POLITIK / ITALIEN

Nach Feiern des Aufstandes von 1945 gegen das Besatzungsregime Hitlerdeutschlands bestimmt in Rom der Krisenalltag wieder das Bild

Premier Conte bleibt beim "No al MES"

von Gerhard Feldbauer, 29. April 2020

(Gerhard Feldbauer) - Trotz der Beschränkungen durch die Corona-Pandemie, die Italien mit bisher über 27.000 Todesopfern schwer getroffen hat, feierten Millionen Bürger am Wochenende den 25. April, an dem vor 75 Jahren mit einem allgemeinen bewaffneten Aufstand Norditalien noch vor dem Eintreffen der anglo-amerikanischen Truppen von der Besatzung der Hitlerwehrmacht und ihrer Mussolini-Vasallen befreit und ein historisch bedeutsamer Beitrag zum Sieg über den Faschismus geleistet wurde. Das traditionelle Partisanenlied Bella Ciao erklang von den mit italienischen Fahnen geschmückten Fenstern und Balkonen und wurde auch ins Netz gestellt. Der Jazztrompeter Paolo Fresu spielte es auf einer leeren Piazza in Bologna und stellte das Video auch online.

Staatspräsident Sergio Mattarella appellierte, dieses "Wertereservoir" als "idealen Motor" zur Bekämpfung der Pandemie zu nutzen und keine Ausfälle "rechtsextremistischer Randkreise" zuzulassen. Wenn die Nachrichtenagentur *ANSA* schrieb, dass das Staatsoberhaupt "auf die wirklichen Sorgen der Italiener", die "einen Ausweg suchen", einging, dürfte das ein Novum in der EU gewesen sein. Noch dazu, wenn er sagte, "die Frontkämpfer" sind "heute die Ärzte, die Krankenschwestern, die Arbeiter und diejenigen, die das Land voranbringen".

Der Bruder des heutigen Staatschefs, Piersanto Mattarella, war ein enger Kampfgefährte Aldo Moros, der 1978 eine von dem IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer unterstützte Regierung zur Abwehr der faschistischen Gefahr bildete und deswegen im Mai 1978 dem von der CIA und ihren italienischen Gehilfen organisierten Mordanschlag zum Opfer fiel. Piersanto Mattarella, der auf Sizilien ebenfalls eine Regierung mit den Kommunisten gebildet hatte, fiel im Januar 1979 einem von Faschisten inszenierten Mord zum Opfer. Es zeigt sich wieder einmal, dass Sergio Mattarella diesem antifaschistischen Erbe treu bleibt.

Inzwischen beherrscht Covid-19 wieder den Alltag, in dem Premier Conte die Schlacht um die "Coronabonds" verloren hat. Die von ihm geforderten Kredite in Form gemeinsamer Wertpapiere hat Brüssel, den Vorgaben der BRD folgend, abgelehnt und

stattdessen einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (MES), auf italienisch ESM, eingerichtet. Während Conte beim "No al MES" bleibt, hat er laut *ANSA* vom Dienstag nun "beim Europäischen Solidaritätsfonds einen Antrag auf Unterstützung in der Corona-Pandemie gestellt". Nach dem BIP müsste Rom 35 Milliarden Euro erhalten. Die EU- Kommission werde sich "Zeit für eine gründliche Analyse nehmen", um sicher zu stellen, dass "die Verteilung der Beihilfen ausgewogen" ist. Der Zeitpunkt einer "realistischen Finanzierung" liege also "nach dem Sommer", dämpft *ANSA* die Erwartungen.

Der Jurist Conte erinnerte daran, dass Griechenland in der letzten Krise für Kredite, die es im Rahmen des "Rettungsschirmes" erhielt, nationale Souveränitätsrechte an Brüssel abtreten musste. Um dem vorzubeugen, hat Conte ein Notfall-Paket mit insgesamt 750 Milliarden Euro verabschiedet, mit dem, wie das linksliberale *Fatto Quotidiano* schon am 15. April schrieb, "die Liquidität für Unternehmen sichergestellt werden soll". *ANSA* zitierte einen Tag später, Conte habe den Notfall-Plan "ein sehr wirksames Instrument" genannt, um alle Unternehmen, die "strategisch wichtige Aktivitäten ausführen, vor feindlichen Übernahmen nicht nur in den traditionellen Sektoren, sondern auch in den Bereichen Versicherungen, Kredite, Finanzen und Wasser zu schützen".

Am Beispiel Italiens zeigt sich schon jetzt, dass Covid-19 die Gegensätze unter den Mitgliedsländern der EU und damit die Krise der "Gemeinschaft" vertiefen wird. Mit MES entfacht Brüssel nicht nur den alten Streit in Rom über die Haltung zur EU neu, sondern auch die Auseinandersetzungen darüber in der Regierung zwischen der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) und dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) und verschafft auch der oppositionellen faschistischen Lega Auftrieb, die Regierung Conte zu Fall zu bringen.

M5S und Lega lehnen MES ab, während die PD zustimmen will, wenn keine Souveränitätsrechte angetastet werden. Von Renzi, dem Chef des von der PD abgespaltenen Italia Viva (Lebendiges Italien), bis zur faschistischen Lega Salvinis seien "große Manöver im Gange, die Regierung zu wechseln", schreibt *La Repubblica* am Mittwoch. Renzi will dazu Ex-Premier Berlusconi mit seiner faschistischen Forza (FI) in eine neue Regierung einbeziehen, was den Austritt der PD zur Folge haben dürfte. In Brüssel hat die FI bereits mit IV der Aktivierung von MES zugestimmt.

*

Quelle:
© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0313.html

POLITIK / SOZIALES / GENDER

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Warum die Ausgangsregelung "Pico y Género" problematisch ist

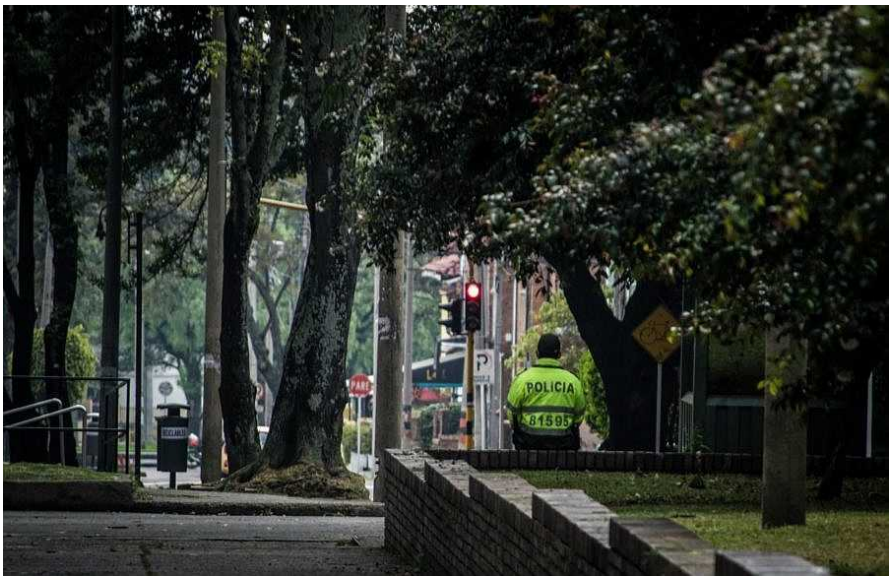
Die Verordnung erlaubt in Bogotá den Ausgang nach Geschlechterzugehörigkeit. Kritiker*innen befürchten zusätzliche Belastungen für Frauen und geschlechtsspezifische Diskriminierung.

(Bogotá, 14. April 2020, Colombia Informa/poonal) - Vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie ist seit dem 13. April in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá eine zusätzliche Ausgangsbeschränkung, die sogenannte Maßnahme "Pico y Género" in Kraft. Die Stadtverwaltung der Hauptstadt hatte diese über den Erlass 106 (2020) als zusätzliche Beschränkung zur landesweiten Ausgangssperre erlassen, um Kontakte zwischen Menschen sowie Menschenansammlungen, die durch erlaubte Besorgungsgänge u.a. zum Einkaufen oder für Arztbesuche entstehen, zu mindern und besser kontrollieren zu können.

"Pico y Género" vs. "Pico y Cédula"

Nachdem Anfang März der erste Covid 19-Fall in Kolumbien bestätigt worden war, verhängte Präsident Iván Duque landesweit eine Ausgangssperre für Menschen über siebzig Jahre, nur kurze Zeit später folgte die Quarantänemaßnahme für alle Bürger*innen. Mehrere Städte führten nach und nach zusätzliche Ausgangsbeschränkungen ein. In Medellín und Cali beispielsweise gilt seit Anfang April ergänzend die Maßnahme "Pico y Cédula", die es den Kolumbianer*innen nur entsprechend der letzten Ziffern ihres Personalausweises erlaubt, zu bestimmten Zeiten ihre Unterkunft zu verlassen, um Besorgungen zu machen.

In Bogotá wurde die Ausgangsbeschränkung "Pico y Género" beschlossen. Diese regelt den erlaubten Ausgang nach Geschlechterzugehörigkeit, Frauen haben an geraden und Männer an ungeraden Tagen "Ausgang". Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten können sich nach der Vorschrift für das Geschlecht richten, mit dem sie sich identifizieren. Die Stadtverwaltung Bogotás versicherte damit, dass sie nach dem Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung sowie den Grundrechten von trans Personen handele. Das Vorgehen vermindere effektiv das Ansteckungsrisiko und gleichzeitig berücksichtige es alle Menschen in ihrer Vielfalt, sei also nicht diskriminierend, teilte sie mit. Die in vielen Städten gültige Maßnahme des "Pico y Cédula" wurde mit den Argumenten verworfen, sie sei in der Kontrolle weniger effektiv, zudem entstünden bei der



Leere Straßen in Bogotá
Foto: Colombia Informa

Überprüfung der Ausweisdokumente zwischen Behörden und Bürger*innen unvermeidlich Kontakte mit Ansteckungsrisiko.

Probleme für Menschen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität

Kontroversen waren zu erwarten: Menschenrechtsorganisationen, LGBTIQ+-Gruppen und Expert*innen in Gender- und Diversitätsfragen übten Kritik, in der es vor allem um die Überprüfung des Geschlechts durch staatliche Institutionen, in diesem Fall die Staatspolizei, ging.

La Red Comunitaria Trans, ein Netzwerk der Trans-Community, führte an, es sei öffentlich bekannt, dass die Liste von Missbrauchs- und Diskriminierungsfällen durch die Staatspolizei gegen Menschen nicht-binärer und nicht-hegemonialer Ausdrucksformen des Geschlechts sehr lang sei. Die Maßnahme "Pico y Género" führe deshalb nicht zum Schutz. Ganz im Gegenteil, die Trans-Community werde der Gewalt und Diskriminierung durch staatliche Institutionen wie der Staatspolizei schutzlos ausgesetzt. Das Netzwerk stellte einen Antrag auf Erlassänderung.

Mauricio Albarracín, Anwalt und LGBTIQ+-Aktivist, verglich die unterschiedlichen Vorgehen der Ausgangsbeschränkung und wies darauf hin, dass es zu regelmäßigen Anzeigen gegen die Staatspolizei aufgrund von Menschenrechtsverletzungen im Bereich Gender und Sexualität komme. Vor dem Hintergrund vorherrschender Vorurteile über LGBTIQ+-Personen sei es besorgniserregend, dass nach der äußeren Erscheinung beurteilt werde, ob diese sich draußen aufhalten dürften oder nicht. Vor allem sei es deshalb fatal, die Polizei zu dieser Beurteilung zu ermächtigen.

Frauen sind einem größeren Ansteckungsrisiko ausgesetzt

In Anbetracht einer ähnlichen Maßnahme, die Anfang April in Peru umgesetzt worden war, ist man zudem darüber besorgt, dass die Ausgangsbeschränkung "Pico

y Género" zu einer Verstärkung der traditionellen Geschlechterrollen führen werde, insbesondere im Bezug auf die Veranwortlichkeit für Haushalt und Pflege.

In Peru hatte die Regierung gleichermaßen beschlossen, dass Menschen entsprechend ihres Geschlechts und dem Wochentag nach ihre Unterkunft verlassen dürften. Die Regelung galt für das ganz Land. Die Folge waren lange Warteschlangen und große Menschenansammlungen auf den Märkten an den Tagen, an denen es den Frauen (also den angeblichen "Expertinnen" für die Versorgung mit Lebens- und Reinigungsmitteln und den Kauf von Medikamenten) erlaubt war, hinauszugehen. Allein am 11. April wurden so 671 Neuinfektionen mit dem Coronavirus registriert, damit kam man auf eine Summe von insgesamt 5.528 Infizierten. Die peruanische Regierung stoppte daraufhin das Vorgehen.

Das Beispiel Perus macht aber nicht nur den schleppend verlaufenden Wandel traditioneller Geschlechterrollen sichtbar, der sich in den Ländern Südamerikas schwierig gestaltet. Es zeigt vor allem, dass Frauen gerade jetzt einem Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Denn letztendlich sind sie es, die sich an öffentlichen Orten des täglichen Bedarfs drängeln müssen, um für das Wohl ihrer Familien zu sorgen.

Diskriminierung auf der Straße und in den sozialen Netzwerken

In Kolumbien fordern verschiedene gesellschaftliche Sektoren eine Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Sie sehen darin eine Möglichkeit, einen gesellschaftlichen Wandel anzustoßen und zu verankern. Die Sorge und Kritik der Bevölkerungsgruppen, die sich durch die Maßnahme "Pico y Género" gefährdet sehen, ist dementsprechend berechtigt. Für viele Bürger*innen ist nicht nachvollziehbar, warum eine Stadtverwaltung, die der Förderung von Rechten in dem Bereich Gender und Diversität hohe Bedeutung zumisst, an den Effizienzdiskurs appelliert, um eine Maßnahme einzuführen, die genau in diesem sensiblen Bereich problematisch ist. Noch weniger ist es nachvollziehbar, weil es in der aktuellen gesundheitlichen Notlage andere Beispiele und Möglichkeiten gibt.

Die Ausgangsbeschränkung "Pico y Género" ist erst seit kurzer Zeit in Kraft, doch hat die Bürgermeisterin Bogotás, Claudia López, sich bereits positiv geäußert. Es sei bisher zu keinen größeren Menschenansammlungen gekommen und es habe nur 104 Anzeigen wegen Nichteinhaltung der Maßnahme gegeben. Wirklich Bilanz gezogen werden kann aber erst zu einem späteren Zeitpunkt. LGBTIQ+-Personen berichten indes, dass sie auf der Straße von Machos angeschrien oder in "Genderpolizei"-Manier fotografiert würden. Diskriminierung äußert sich außerdem in den sozialen Netzwerken. Zahlreich geteilte Memes, also mit Textunterschriften versehene Videos, Animationen und Fotos und deren Imitationen, machen dort Geschlechterrollen und -identitäten lächerlich.

Auf sich selbst und seine Mitmenschen zu achten ist das, was nun weiterhin an erster Stelle stehen muss, um Ansteckungen zu vermeiden. Die eingeführten Maßnahmen müssen dem Gemeinwohl der Bevölkerung dienen und dabei die großen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede innerhalb der kolumbianischen Bevölkerung berücksichtigen. Sicher ist zwar, dass sich in dieser schwierigen Notlage nicht ändern wird, was sich seit Jahrzehnten nicht verändert hat. Aber für jede Staats- und Stadtverwaltung muss es oberstes Gebot sein, Maßnahmen umzusetzen, die der Bevölkerung von Nutzen sind und die gleichzeitig die Grundsätze der Demokratie und Gerechtigkeit für alle wahren. Auch während eines Notstands müssen die Grundrechte unantastbar bleiben.

Übersetzung:
Katharina Greff

URL des Artikels:
https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/probleme-mit-der-ausgangsbeschraenkung-pico-y-genero/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187
188, 10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psge0070.html

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Corona - die Pandemie der Menschrechtsverstöße

von R. Manoutschehri, Unsere Zeitung, 29. April 20200

Bild: © R. Manoutschehri

"Die Bedrohung ist das Virus, nicht die Menschen." Bericht von UN-Chef Guterres zu Menschenrechten und Corona-Krise.

Zum Auftakt des tagenden UN-Menschenrechtsrates stellte UN-Chef Guterres einen Bericht zur Entwicklung der Menschenrechte während der Corona-Krise vor. Die Krise liefere Vielen einen Vorwand für Zwangsmaßnahmen, welche gar nichts mit der Pandemie zu tun hätten, was einen dringlichen Aufruf der Vereinten Nationen zur Beachtung der Menschenrechte wie auch der Sustainable Development Goals bei allen Maßnahmen erfordere.

Der Aufruf zum proaktiven Handeln für die Menschenrechte von UN-Generalsekretär António Guterres:

"Die COVID-19-Pandemie ist ein Notfall für die öffentliche Gesundheit - aber es ist weit mehr. Es ist eine Wirtschaftskrise. Eine soziale Krise. Und eine Krise für die Menschen, die sich schnell zu einer Menschenrechtskrise entwickelt. Im Februar habe ich einen Aufruf zum Handeln gestartet, um die Menschenwürde und das Versprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Wie ich damals sagte, können Menschenrechte in Krisenzeiten kein nachträglicher Gedanke sein - und wir stehen jetzt vor der größten internationalen Krise seit Generationen.

Heute veröffentliche ich einen Bericht, in dem hervorgehoben wird, wie Menschenrechte die Reaktion und Wiederherstellung im Falle von COVID-19 steuern können und müssen. Die Botschaft ist klar: Die Menschen - und ihre Rechte - müssen im Vordergrund stehen. Der Menschenrechts-Fokus sorgt dafür, dass niemand zurückgelassen wird und kann helfen, die Pandemie zu überwinden, indem man sich auf die Notwendigkeit der Gesundheitsversorgung für alle konzentriert. Er dient aber auch als wichtiges Warnsystem, um aufzuzeigen, wer am meisten leidet, warum und was dagegen getan werden kann.

Wir haben gesehen, wie zwar nicht das Virus aber seine Auswirkungen zu Diskriminierungen führen und goße Schwächen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen offenbaren sowie strukturelle Ungleichheiten, die den Zugang zu ihnen behindern. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Reaktionen darauf die Richtigen sind.

Wir sehen die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf bestimmte Gemeinschaften, die Zunahme von Hassreden und deren Ausrichtung auf schutzbedürftige Gruppen sowie das Risiko, dass hartnäckige Sicherheitsmaßnahmen die Gesundheitsreaktion untergraben. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Ethnonationalismus, Populismus, Autoritaris-

mus und eines Rückschlags gegen die Menschenrechte in einigen Ländern kann die Krise einen Vorwand bieten, repressive Maßnahmen für Zwecke zu ergreifen, die nichts mit der Pandemie zu tun haben. Das ist inakzeptabel.

"Die Bedrohung ist das Virus, nicht die Menschen."

Die beste Antwort darauf ist eine, die proportional auf unmittelbare Bedrohungen reagiert und gleichzeitig die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit schützt. Regierungen müssen mehr denn je transparent, reaktionsschnell und rechenschaftspflichtig sein. Bürgerraum und Pressefreiheit sind entscheidend. Zivilgesellschaftliche Organisationen und der Privatsektor spielen eine wesentliche Rolle. Und bei allem, was wir tun, dürfen wir niemals vergessen: Die Bedrohung ist das Virus, nicht die Menschen.

Wir müssen sicherstellen, dass alle Sofortmaßnahmen - einschließlich Ausnahmezuständen - legal, verhältnismäßig, notwendig und nicht diskriminierend sind, einen bestimmten Schwerpunkt und eine bestimmte Dauer haben und den am wenigsten aufdringlich-störenden Ansatz zum Schutz der öffentlichen Gesundheit verfolgen.

Mit Blick auf die Zukunft müssen wir besser rückbauen (als grenzenloses Wachstum predigen). Die Ziele für die Sustainable Development Goals, die nachhaltige Entwicklung, die auf den Menschenrechten beruhen, bilden den Rahmen für integrativere und nachhaltigere Volkswirtschaften und Gesellschaften. Eine Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte stärkt die Widerstandsfähigkeit (von Menschen und Gesellschafen) auf lange Sicht.

Im Wiederherstellungsprozess müssen auch die Rechte künftiger Generationen respektiert werden, also die Klimaschutzmaßnahmen zur CO2-Neutralität bis 2050 verbessert und die biologische Vielfalt geschützt werden. Wir sitzen alle im selben Boot. Das Virus bedroht alle. Die Menschenrechte aber schützen und erheben alle. Durch Respektieren der Menschenrechte in dieser Krisenzeit werden wir effektivere und umfassendere Lösungen für den Notfall von heute und die Erholung von morgen entwickeln."

Menschenrechte müssen uns auch durch die Coronavirus Krise leiten.

Report COVID-19 and Human Rights: We are all in this together:
https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/un_policy_brief_on_human_rights_and_covid_23_april_2020.pdf

Aufruf zum Handeln für die Menschenrechte von António Guterres, UN-Generalsekretär
https://www.un.org/sg/sites/www.un.org.sg/files/atoms/files/The_Highest_Asperation_A_-Call_To_Action_For_Human_-Right_English.pdf

Der Originalartikel kann hier auf der Seite unseres Partners besucht werden:
https://www.unsere-zeitung.at/2020/04/23/corona-die-pandemie-der-menschrechtsverstoesse/
Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

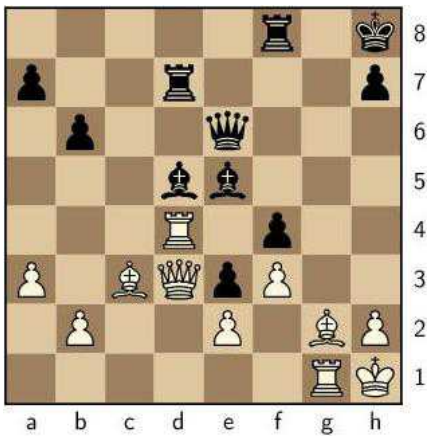
Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmsp0958.html

SCHACH - SPHINX

Strenge Optik und Optimierung

(SB) - Noch einmal sei auf die Worte des auf polemischen Pfaden so gut bewanderten Franz Gutmayer gelauscht: "Bei der Wertabschätzung der mit jedem Zuge heraufkommenden Motive muß als entscheidender Maßstab gelten, ob sie ein Plus an Macht für das eigene Spiel oder ein Plus an Ohnmacht für das feindliche in sichere Aussicht stellen. Das ist ihr Paß, ihr Ausweis. Ohne ihn werden sie unnachsichtig verworfen. Jeder Zug muß unter der strengen Kontrolle des Willens zur Macht und Übermacht gestellt werden. Das ist die große Perspektive, welche ich auch die gesunde Optik nenne." Nun, auch im heutigen Rätsel der Sphinx kam es sehr auf eine unbestechliche Optik und Optimierung an, denn beide Seiten hatten ihre Armada von Bauern, Offizieren und Schwerfiguren excellent in die Schlacht geführt, beide Könige waren sicher verkrochen, oder etwa nicht, Wanderer? Weiß war jedoch am Zuge und extrem - - - machthungrig!



Manin - Ruderfer
UdSSR 1979

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

So hatte der Teufel eine doppelte Freude, den einen betrog er, dem anderen schenkte er den Sieg: 1.Td3-a3+!! b4xa3 2.b2-b3#

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07256.html

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:
http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...
http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

POLITIK / KOMMENTAR / RAUB

COVID-19 -

Schlachthauswunden für Mensch und Tier ...

Und tausend Leiber wiesen ihm ihr Grab Und hunderttausend ihre Folterstätten, Es schwebte keine Taube, ihn zu retten, Kein Lämmlein trug ihm selbst den Hirtenstab.
Gertrud Kolmar - Der Tag der großen Klage (1938) [1]

(SB) 30. April 2020 - Wenn 300 ArbeiterInnen eines Schlachthofes an COVID-19 erkranken und 200 davon rumänische Angestellte einer Werkvertragsfirma sind, dann ist leicht ersichtlich, daß schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen die Verbreitung der Krankheit beschleunigen. Über das Elend in Deutschland ausgebeuteter WerkvertragslerInnen wurde in den letzten Jahren ausführlich berichtet [2], nur auf ihrem Rücken lassen sich Fleischpreise erzielen, die weder sozial noch ökologisch vertretbar sind. Die externalisierten, zu Lasten der ArbeiterInnen, der Gewässer, Äcker und anderer Natursysteme, die durch die ressourcenintensive Tierproduktion vergiftet und zerstört werden, gehenden Kosten bleiben unsichtbar.

Nicht nur im baden-württembergischen Birkenfeld [3] werden Schlachthöfe zu Hot Spots der Coronapandemie, das geschieht weltweit und insbesondere in den USA, wo die industrielle Tierproduktion monströse Ausmaße angenommen hat. Nachdem 644 Personen der Belegschaft von 3700 ArbeiterInnen einer Schlachtfabrik in Sioux Falls in South Dakota an COVID-19 erkrankt waren, was zu dem Zeitpunkt 55 Prozent aller in dem Bundesstaat gezählten Fälle ausmachte, verfügten die Behörden am 15. April die Schließung des zu Smithfield Foods gehörenden Betriebes. Die Belegschaft setzt sich zum größten Teil aus niedrig entlohnten ArbeitsmigrantInnen zusammen, wie für diese Branche allgemein üblich, deren schlechte Wohn- und Lebensverhältnisse die Verbreitung der Pandemie begünstigen [4]. Viele hatten erklärtermaßen Angst, zur Arbeit zu gehen und sich dort zu infizieren, konnten sich das aber nicht leisten. Die medizinische Beratung scheiterte häufig schon an den rund 80 unter ihnen gesprochenen Sprachen. Inzwischen sollen rund 1000 ArbeiterInnen der Fabrik in Sioux Falls, in der 5 Prozent der in den USA konsumierten Schweinefleischprodukte in Form von 18 Millionen Einzelportionen täglich hergestellt werden, positiv auf COVID-19 testen.

Nun droht auch die größte Schlachtfabrik von Smithfield Foods in Tar Heel, North Carolina, zu einem Hot Spot der Pandemie zu werden. Eine unbekannte Zahl von ArbeiterInnen, die mit einem "Verantwortungsbonus" von 500 Dollar dazu motiviert wurden, sich im April nicht krankzumelden, hat sich mit CO-

VID-19 angesteckt. Das Unternehmen hat sich mit einer schriftlichen Stellungnahme an die Öffentlichkeit gewandt, in der es erklärt, die Arbeit fortzusetzen, um die Lieferketten der Nahrungsmittelindustrie aufrechtzuerhalten. Zudem soll verhindert werden, daß die Zuchtbetriebe Schweine zu Tausenden töten, weil die frist- und normgerecht produzierten Tiere ab einer bestimmten Größe nicht mehr in die zu ihrer Verarbeitung vorgesehenen Gerätschaften passen.

Die Fabrik in Tar Heel ist mit der Verarbeitung von 35.000 Schweinen täglich der größte Schlachthof der USA und befindet sich mit seinem Standort in North Carolina in derjenigen Region des Landes, die für die intensive Massentierhaltung landesweit bekannt ist. Dort sind rund 9 Millionen Schweine auf engstem Raum in fabrikartigen Zuchtfarmen untergebracht, während sich die 10,2 Millionen Menschen des Staates auf eine Fläche verteilen, die fast doppelt so groß wie das größte deutsche Bundesland NRW ist. Mit dem Bau neuer Schlachtfabriken hat die Zahl der Mastbetriebe, die als Concentrated Animal Feeding Operation (CAFO) gelten, dort erheblich zugenommen. Dem Begriff liegt eine Norm des US-Landwirtschaftsministeriums zugrunde, laut der es sich bei einem Mastbetrieb ab dem Bestand von 1000 Tiereinheiten um eine CAFO handelt. Eine Tiereinheit entspricht 1000 US-amerikanischen Pfund an Lebendgewicht, so daß ein Betrieb mit mindestens 1000 Rindern, 2500 Schweinen oder 125.000 Schlachthähnchen als CAFO geführt wird.

Die Kategorie ist insbesondere unter Umweltgesichtspunkten von Belang, sind diese Ställe doch Quell massiver Kontamination von Grundwasser und Atemluft. Die großen Mengen an tierischen Ausscheidungen enthalten pathogene Keime und Parasiten wie Spulwürmer, sie sind mit Nitraten, Phosphaten, Pestiziden, Hormonen, Antibiotika und Schwermetallen versetzt und stinken mörderisch. Die breiartige Flüssigkeit wird in große, nach unten und zur Seite hin abgedichtete Seen geleitet. Dort lagern sich die festen Bestandteile der Mischung aus Exkrementen, Urin und Blut, aus Tot- und Nachgeburten, aus Medikamenten und anderen Chemikalien ab, während das verbleibende Wasser in Aufbereitungsanlagen geleitet oder über nahegelegenen Feldern versprüht wird. 3300 dieser meist zwei Fußballfelder großen und zehn Meter tiefen Lagunen gibt es in North Carolina. Die nach oben offenen Gülleseen dunsten erhebliche Mengen an Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Methan als auch an Ammoniak ab, das zusammen mit Stickstoffoxiden für die Bildung von bodennahem Ozon verantwortlich ist. Zudem führt das in der Landwirtschaft durch Düngemittel und Tierverwertung freigesetzte Ammoniak zur Bildung von Feinstaub.

Die massenhafte Schweinehaltung gilt auch als Hauptquell für die Bildung antibiotikaresistenter Stämme, die unter anderem mit dem sich über den Güllelagunen bildenden Gasgemisch in die Atemluft gelangen können. Die Menschen, die im näheren Umkreis solcher Anlagen leben, leiden häufig unter chronischen Erkrankungen der Atemorgane, wobei ein kausaler Zusammenhang zu den Gülleseen von den Betreibern der Anlagen meist erfolgreich abgestritten wird. In North Carolina leben überproportional viele AfroamerikanerInnen im Umkreis der CAFOs. Sie sind meist so arm, daß sie den krankmachenden Bedingungen nicht ausweichen können und nur die Möglichkeit haben, nicht vor die Tür zu gehen, um sich vor dem Gestank und den Giften zu schützen. SozialwissenschaftlerInnen sprechen in solchen Fällen von Environmental Racism.

Bis zu einem Viertel aller Schlachtfabriken in den USA wurde inzwischen mit der Folge geschlossen, daß mehrere Millionen sogenannter Nutztiere bereits in ihren Zuchtbetrieben getötet wurden. Hühner sind besonders stark betroffen, weil ihr bis ins letzte Detail durchkalkuliertes Wachstum auf schnellen Verbrauch ausgelegt ist. Wenn sie nicht nach einer Lebenszeit von 42 bis 47 Tagen geschlachtet werden, sterben sie sowieso, behauptet zumindest eine Vertreterin der Tierschutzorganisation Mercy For Animals [5]. Bei der jetzigen "Depopulation" werden Maßnahmen angewendet, die eigentlich zur Bekämpfung epidemischer Zoonosen wie der Vogelgrippe gedacht sind. Nun werden die Hühner aus ökonomischen Gründen entweder mit einem synthetischen Schaum bedeckt, unter dem sie in einem mehrere Minuten währenden Prozeß qualvoll ersticken, oder die Ventilation der mehrere tausend Tiere fassenden Ställe wird abgestellt, wodurch die dann schnell ansteigende Temperatur das Weiterleben unmöglich macht.

Um mit dem verbliebenen Personal so viele Nahrungsmittel wie

möglich herzustellen, hat die US-Regierung die Taktrate, in der Hühner in den Schlachtfabriken pro Minute getötet werden können, von 140 auf 175 heraufgesetzt. Obwohl die Gesundheitsgefahren in der Tierproduktion größer geworden sind, müssen mehr Hühner pro Zeiteinheit an den Haken der Laufbänder aufgehängt werden, um von den rotierenden Messern, auf die sie zulaufen, getötet zu werden. Die Monotonie eines Jobs, bei dem im ersten Akt stundenlang am Band Lebewesen umgebracht werden, um deren Leichen in den weiteren Schritten zu zerlegen und in appetitliche Nahrungsmittel zu verwandeln, tötet ihrerseits alles ab, was an Empfindungsfähigkeit gegenüber sogenannten Nutztieren vielleicht noch vorhanden war.

Für menschliche wie nichtmenschliche Tiere erfüllt der Schlachthof alle Kriterien eines Danteschen Pandämoniums, daran ändern höhere Löhne oder hygienischere Arbeitsbedingungen wenig - permanent mit Leichen zu tun zu haben hinterläßt Wunden nicht nur physischer Art. Macht sich in der kaltfeuchten Melange aus Blut, Gewebeflüssigkeit, Schweiß und Atemdunst ein gefährliches Virus breit, drängt sich der Eindruck auf, zwischen der Verletzlichkeit der ArbeiterInnen und ihrer vom Leben in den Tod transportierten "Werkstücke" bestehe ein innerer Zusammenhang. Sie sollen die Sicherheitsregeln strikt beachten, während der Takt der Großen Maschine nichts dergleichen zuläßt, was im Schadensfall bedeuten kann, selbst schuld zu sein und keinerlei finanzielle Unterstützung verlangen zu können. Sie bestimmen über Leben und Tod der Tiere und sind selbst - wie überall in der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft - nichts als geldwerte Ware. So erscheint auch der "Werkstoff" nichtmenschlichen Lebens als Betriebsmittel eines in industrielle Dimensionen getriebenen Blutflusses, dessen Anschwellen niemals vollständig verbergen kann, daß der Verstoffwechselung des Lebens die Unteilbarkeit eines Schmerzes zugrunde liegt, den nicht wahrhaben zu müssen das ganze Trachten gilt.

Anmerkungen:

[1] https://www.literatisch.de/gertrud-kolmar-tiertraeume.html#großen%20Klage

[2] http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0115.html

[3] https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/coronavirus-ausbruch-in-baden-wuerttemberg-etwa-300-schlachthof-mitarbeiter-infiziert/25786070.html

[4] https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52311877

[5] https://www.theguardian.com/environment/2020/apr/29/millions-of-farm-animals-culled-as-us-food-supply-chain-chokes-up-coronavirus?CMP=share_btn_fb&fbclid=IwAR1EAtFelasJXlhbmxbmQ78mm15w4rNuZ88fT35LElul998iapOBkBCCdBk

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1237.html

POLITIK / KOMMENTAR

Mordfall Lübcke - NSU-verstrickt ...

Und das ist eine der zentralen Fragen, die nicht beantwortet sind: Warum konnten solche Personen jahrelang agieren, ohne dass sie im Fokus und auf dem Schirm der hessischen Sicherheitsbehörden waren?
Günter Rudolf (SPD-Fraktion im hessischen Landtag) [1]

(SB) 30. April 2020 - Am 1. Juni 2019 wurde Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen-Istha erschossen. Der Kasseler Regierungspräsident war wegen seiner Haltung in der Flüchtlingsfrage zur Haßfigur der rechtsextremistischen Szene geworden. Elf Monate nach dem Mord erhebt die Bundesanwaltschaft Anklage, wobei dieser Fall juristisch wie politisch weit über sich hinausweist. Weitere den Angeklagten zugeschriebene Taten und Verbindungen zum NSU-Komplex sind inzwischen den Medien und der Öffentlichkeit soweit bekannt, daß die im Kontext des NSU systematisch ausgeblendeten Kernfragen mit neuer Wucht hervorbrechen. Bislang wurde die Version durchgesetzt, im Umgang des Staatsschutzes mit der extremen Rechten sei ein kolossales Behördenversagen am Werk gewesen. Dies führte unmittelbar dazu, eine effizientere geheimdienstliche und polizeiliche Arbeit wie auch deren engere Verschränkung einzufordern und umzusetzen.

Es steht zu befürchten, daß Bundesanwaltschaft und Gericht

auch im Fall Lübcke versuchen werden, sich auf die These von Einzeltätern zu fokussieren und deren durchgängige Verbindung zu einem aktiven rechtsextremen Umfeld unter dem Vorwand zu bestreiten, sie seien zeitweise aus dem Fokus der Sicherheitsbehörden verschwunden. Dem gilt es mit der Frage zu begegnen, in welchem Maße der Staatsschutz die rechtsextremen Umtriebe nicht nur beobachtet hat, sondern auch in sie verstrickt war. Im engeren Umfeld des NSU waren mehr als ein Dutzend V-Personen des Verfassungsschutzes plaziert, was die Annahme nahelegt, daß das Trio nie vollständig untergetaucht war und an der Leine des Geheimdienstes instrumentalisiert wurde. Angesichts der Vernetzung der Angeklagten des Lübcke-Prozesses kann von der weithin geforderten lückenlosen Aufklärung nur dann die Rede sein, wenn die behördliche Kenntnis und Intervention restlos und zweifelsfrei offengelegt wird.

Im Februar 2020 erklärte der hessische Innenminister Peter Beuth in einer Regierungserklärung zur inneren Sicherheit in Hessen im Wiesbadener Landtag: "Kein innenpolitisches Ereignis hat das Jahr 2019 so sehr geprägt wie der grausame Mord an unserem Regierungspräsidenten Doktor Walter Lübcke. Weil die strafrechtlichen Ermittlungen sofort mit Hochdruck eingeleitet wurden, und dank der besonderen Expertise der hessischen Polizei in der DNA Analysetechnik sowie der akribischen Ermittlungsarbeit kann der Prozess gegen den Tatverdächtigen jetzt bald beginnen." Was Beuth an konsequentem behördlichen und politischen Handeln nahelegt, steht in krassem Widerspruch zu dem zögerlichen bis dementierenden Umgang mit dem Verdacht einer rechtsextremen Täterschaft unmittelbar nach dem Mord an Lübcke.

Beuth steht unter Druck, da es offensichtlich eine Verbindung zum NSU-Komplex gibt. Der Innenminister mußte bereits im Herbst 2019 einen Konnex zwischen dem ehemaligen hessischen Verfassungsschützer Andreas Temme und dem mutmaßlichen Lübcke-Mörder Stephan Ernst einräumen. Temme sei mit dem Rechtsextremisten Stephan E. "dienstlich befasst" gewesen, erklärte der CDU-Politiker im Innenausschuß des hessischen Landtags auf eine gezielte Nachfrage von SPD-Abgeordneten. Temme war als Verfassungsschützer 2006 am Tatort in Kassel, als Halit Yozgat, der Betreiber eines Internet-Cafés, nach offizieller Version vom NSU ermordet wurde. Um kaum eine Figur hat sich im Zuge der Aufklärungsarbeiten zum NSU solch eine Menge an Fragen aufgeworfen, was mögliche Verstrickungen der Behörden in rechte Gewalttaten angeht. Temme bestreitet zwar, den Mord beobachtet oder in dem kleinen Internet-Café überhaupt etwas von ihm mitbekommen zu haben. Doch viele Abgeordnete des Wiesbadener Landtags, sowohl aus Regierungs- als auch aus Oppositionsfraktionen, hegen bis heute den Verdacht, daß es sich anders verhalten hat.

Eine Rekonstruktion des Tatorts durch unabhängige Experten hat gezeigt, daß Temme das hinter dem Tresen liegende Mordopfer gesehen haben muß. Überdies ist nach heutigem Erkenntnisstand davon auszugehen, daß sich der Täter bereits im Café befunden hat. Da nur zwei Personen den Tatort verlassen haben und eine von ihnen von sich aus der Polizei eine Zusammenarbeit angeboten hat, aber nicht verdächtigt wurde, bleibt nur Temme als wahrscheinlichster Täter übrig. Dies als Verdacht zur Sprache zu bringen, berührt jedoch Sphären, die der Staatsschutz unter Verweis auf geheime Erkenntnisse, die auch geheim bleiben müssen, niemals von sich aus preisgeben wird.

Um der Frage nachzugehen, wie eng die Verbindung zwischen Stephan Ernst, Markus Hartmann und Andreas Temme tatsächlich war, wollen die Wiesbadener Parlamentarier nach Begutachtung der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft dazu einen Untersuchungsausschuß im Landtag einsetzen. Rund um Kassel hat sich ab 1990 eine aktive Neonaziszene etabliert, die mutmaßlich den Mord an Halit Yozgat 2006 ebenso unterstützte wie jenen an Walter Lübcke. Dazu Günter Rudolf, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im hessischen Landtag: "Und das ist eine der zentralen Fragen, die nicht beantwortet sind: Warum konnten solche Personen jahrelang agieren, ohne dass sie nicht im Fokus und auf dem Schirm der hessischen Sicherheitsbehörden waren?"

Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Linken im hessischen Landtag, fragt zudem, warum Akten über Stephan Ernst gelöscht worden sind, ob-

wohl er als gefährlich galt: "Die Personenakten des oder der mutmaßlichen Lübcke-Mörder, die im Verfassungsschutz intern gelöscht wurden, obwohl die als Neonazis über Jahrzehnte hinweg aktiv waren. Die Rechtfertigung des Landesamtes für Verfassungsschutz lautet noch immer: Die waren über fünf Jahre nicht auffällig, die sind abgekühlt. Diese Aussage verhöhnt nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch den seinerzeitigen Verfassungsschutzpräsidenten Eisvogel, der Stefan E. noch Ende 2009 in einem internen Vermerk als brandgefährlich bezeichnete. Ich frage mich: Was haben die gemacht danach in diesem Amt? Haben die das beiseitegelegt, 'interessiert uns nicht', so kommt es mir gerade vor."

Wie die Aussagen dieser beiden Abgeordneten abermals zeigen, hat das Konstrukt eines angeblichen Behördenversagens eine Schranke errichtet, die darüber hinausgehende Fragen geradezu tabuisiert. Heute betont die schwarz-grüne Regierungskoalition in Hessen, sie habe die Bekämpfung des Rechtsextremismus ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Das war vor wenigen Jahren noch ganz anders, als beispielsweise die CDU im NSU-Untersuchungsausschuß 2014 erklärte, in Nordhessen gebe es keine rechtsextreme Szene. Beuth geht in die Offensive und hat im Landtag einen weiteren Anstieg rechtsextremer Straftaten nach dem Lübcke-Mord geschildert. Der Mord an Lübcke habe im vergangenen Jahr zu zahlreichen weiteren Straftaten in der rechtsextremistischen Szene in Hessen geführt. Mehr als 900 rechtsmotivierte Delikte wurden polizeilich registriert, dies war ein Anstieg von 50 Prozent. Viele Delikte im Internet zielten auf den Regierungspräsidenten selbst ab, aber es wurden auch fast 50 politische Amts- und Mandatsträger Opfer von Haß, Hetze, Beleidigung.

"Wir haben den Druck auf Rechtsextremisten in Hessen deutlich erhöht und werden ihn auch 2020 weiter hochhalten", versichert der Innenminister. Die hessische Polizei hat beim LKA Wiesbaden eine "Besondere Aufbauorganisation" mit landesweit 140 Ermittlern eingerichtet, um die rechtsextreme Szene und rechte Straftäter schärfer ins Visier zu nehmen. Eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, die bislang gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt auf Ermittlungen im Darknet spezialisiert war, befaßt sich nun auch mit strafbarer Haß-Kommunikation im gesamten Internet. Das und manches mehr scheint die Annahme nahezulegen, neben dem verschärften Vorgehen des Verfassungschutzes unter seinem neuen Präsidenten Thomas Haldenwang gegen den Rechtsextremismus finde auch in Hessen eine radikale Kehrtwende statt.

Doch wie schon beim Umgang mit dem NSU-Komplex ist abermals Vorsicht geboten. Nach dem ersten Mord an einem deutschen Politiker durch Rechtsextremisten in der Geschichte der Bundesrepublik - dem seit 1990 mehr als 200 lange Zeit ignorierte Morde an migrantischen Menschen vorausgegangen waren - besteht für die Staatsräson akuter Handlungsbedarf. Überdies folgten die Anschläge von Halle und Hanau, die den Druck seitens der Öffentlichkeit weiter erhöhten, den rechten Vormarsch zu stoppen. Dieser wird nun bis hin zum "Flügel" der AfD lektioniert, wie scharf die Krallen des Sicherheitsstaats sein können, wenn sie denn ausgefahren werden. Mag dieses Manöver wie eine Flucht nach vorn anmuten, so birgt es doch zugleich den bedeutsamen Ertrag, Geheimdienste, Polizeien und Politik von dem Verdacht zu läutern, sie trieben mit der extremen Rechten ein doppelbödiges Spiel.

Das dürfte inzwischen jedoch nicht mehr so einfach sein. Die antifaschistische Recherche-Website Exif legt in einer ausführlichen Analyse Verbindungen, Parallelen und persönliche Kontinuitäten zwischen den Morden an Halit Yozgat und Walter Lübcke dar. Ihren Erkenntnissen zufolge bestand der harte Kern der Kasseler Neonaziszene, der auch Stephan Ernst und Markus Hartmann angehören, aus nie mehr als 50 Personen. Allein der hessische Verfassungsschutz, nämlich Andreas Temme, sein Vorgesetzter und eine Kollegin, führten um das Jahr 2006 in dieser relativ kleinen Szene mindestens sieben V-Personen, wovon bis auf eine keine namentlich bekannt ist.

In einer Sitzung des "Ausschusses für Inneres und Heimat" am 15. Januar 2020 wurde über den aktuellen Stand der Ermittlungen im Mordfall Walter Lübcke berichtet. Exif zufolge antwortete darin Cornelia Zacharias von der

Generalbundesanwaltschaft auf die Frage, ob Markus Hartmann Informant einer Behörde gewesen sei, sie wisse es zwar, sei aber nicht befugt, darüber Auskunft zu geben. "Zuvor jedoch hatte ein Vertreter der GBA auf die Frage, ob Stephan Ernst Spitzel gewesen sei, ohne Umschweife gesagt, dass man dies seitens seiner Behörde ausschließen könne. Dieses Statement blieb bei Markus Hartmann aus." [2]

Es ist daher unmöglich zu sagen, wo die Neonaziszene aufhört und der Staat beginnt. Andreas Temme, der in seinem Heimatdorf den Spitznamen "Klein-Adolf" hatte, log mehrfach vor Ermittlungsbehörden, verweigerte Aussagen vor Untersuchungsausschüssen oder vor Gericht und gab stets nur zu, was nicht mehr zu leugnen war. Er wird vom Verfassungsschutz und der Landesregierung unter Ministerpräsident Volker Bouffier gedeckt, der zur Zeit des Yozgat-Mordes Innenminister war. Temme wechselte nach dem Kasseler NSU-Mord seinen Arbeitsplatz und arbeitet seither im Regierungspräsidium von Kassel, dem Walter Lübcke vorstand.

Anmerkungen:

[1] www.deutschlandfunk.de/anklage-im-fall-walter-luebcke-ermordet-wegen-humaner.724.de.html

[2] www.wsws.org/de/articles/2020/03/04/lueb-m04.html

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1699.html

TIERE / TIERSCHUTZ / TRANSPORT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Brandenburg stoppt Tiertransporte nach Russland

von PROVIEH, 29. April 2020

Nachdem von der russischen Föderation schriftlich bestätigt wurde, dass es aktuell keine adäquaten Versorgungsstationen für Transporttiere im Land gibt, stoppt Brandenburg alle Tiertransporte nach Russland. PROVIEH lobt den längst überfälligen Schritt und fordert ein bundesweites Moratorium.

Berlin/Potsdam, 29.04.2020: Tiertransporte in Drittstaaten stellen ein großes tierschutzrechtliches Problem dar und sind für die Tiere mit großem Leiden verbunden. Die meisten Tiere werden in den heißen Sommermonaten exportiert; tagelang, bei Temperaturen von über vierzig Grad. Auf ihrem Weg leiden sie unter Enge, Hunger, Durst und Angst. Die Transportzeit verlängert sich häufig durch Abfertigungsprobleme an den EU-Außengrenzen. Immer wieder sterben Tiere während des Transportes an den unsäglichen Strapazen. Hier wird eklatant gegen die Tierschutzstandards der EU verstoßen.

Berichte von deutschen Amtsveterinärinnen dokumentierten insbesondere extreme Tierschutzverstöße bei Lebendtiertransporten auf den Routen nach Usbekistan, Kasachstan und Südost-Russland. Die Tierärztinnen bewerten die Transporte auf diesen Routen als tierschutzwidrig im Sinne der Verordnung (EG) 1/2005 zum Schutz von Tieren beim Transport. Einige Bundesländer haben auf Grund der erschreckenden Berichterstattung bereits Erlasse zum Exportstopp auf diesen Routen verhängt, Brandenburg gehörte jedoch nicht dazu.

PROVIEH forderte gemeinsam mit weiteren Organisationen in einem offenen Brief [1] den damaligen Landwirtschaftsminister von Brandenburg, Jörg Vogelsänger, auf, Tiertransporte nach Russland mit sofortiger Wirkung zu stoppen.

Doch es brauchte wohl einen Regierungswechsel, damit sich auch das Land Brandenburg der Situation annimmt. Verbraucherschutzstaatssekretärin Anna Heyer-Stuffer erklärte nun, dass immer sichergestellt werden müsse, dass Tiere auf dem Weg regelmäßig entladen werden können, so dass sie getränkt und gefüttert werden und sich ausreichend erholen können. Da dies insbesondere für die Russische Föderation bis auf weiteres nicht möglich ist, stoppt Brandenburg die Tiertransporte nach Russland.

Jasmin Zöllmer, Leiterin Politik bei PROVIEH sagt dazu:

"Endlich hat Brandenburg ein Zeichen gesetzt. Jetzt muss der Bund so schnell wie möglich folgen, denn nun haben wir auch die schriftliche Bestätigung, dass die Tiere auf den Transportrouten in Russland nicht versorgt werden können. Ein sofortiger Exportstopp der Lebendtiertransporte nach Russland und in weitere problematische Drittstaaten muss bundesweit eingeführt werden, damit Deutschland nicht noch mehr zum Flickenteppich wird, und die Transporte dann einfach über andere Bundesländer abgefertigt werden. Hier ist Bundesministerin Klöckner gefragt."

Hintergrund

PROVIEH hat Bund und Länder in den letzten Jahren mehrmals vehement aufgefordert, Tiertransporte in Drittstaaten zu beenden. Während einige Bundesländer mit Erlassen positive Zeichen setzten, hat sich der Bund bisher nicht nennenswert für ein Stopp der gesetzeswidrigen Transporte eingesetzt.

Große Koalition verweigert Tierschutz

Der Deutsche Bundestag hatte 2018 die Möglichkeit diese Transporte zu stoppen. Sowohl die Grünen als auch die FDP wollten in einem Antrag ein Aussetzen aller Tiertransporte in Drittstaaten erwirken. PROVIEH forderte in einem gemeinsamen offenen Brief an den Bundestag mit acht weiteren Verbänden einen sofortigen Stopp der Lebendtiertransporte in Drittstaaten. Doch die große Koalition konnte sich nicht einmal zu einem Verbot der Schlachttierexporte durchringen. Ein Armutszeugnis für die große Koalition, die in puncto Tierschutz endlich mal ein Zeichen setzen sollte.

Die Forderungen im Detail:

- ein bundesweites sofortiges Aussetzen von Tiertransporten in Drittländer,
- eine bundesweit einheitliche und gültige Regelung zur Beendigung von tierschutzwidrigen Langstreckentransporten,
- eine Transportdauerbeschränkung auf maximal acht Stunden innerhalb der EU
- und vier Stunden bei Inlandstransporten.

Erstveröffentlichung:
https://provieh.de/tiertransporte/-brandenburg-russland

Anmerkung:

[1] https://provieh.de/pressemitteilung-stopp-von-tiertransporten-nach-russland

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

http://www.schattenblick.de/infopool/tiere/tischutz/ttran150.html

UNTERHALTUNG / PERRY RHODAN / ERSTAUFLAGE

Inhaltliche Zusammenfassung von Perry Rhodan, Heft Nr. 3062

Zeut

von Christian Montillon / Susan Schwartz

Zwillings-Solsystem im Dyoversum, 2046 NGZ

Die Topsider reagieren auf die Ablehnung, ihnen Perry Rhodan und die TESS QUMISHA auszuliefern mit Krieg. Die Liga verfügt über 3000 kampffähige Schiffe, die sich aber über 30 besiedelte Sonnensysteme verteilen. Zwar werden sämtliche Einheiten, die nicht dringend gebraucht werden, im Solsystem zusammengezogen, doch das reicht nicht, um gegen die Übermacht der Topsider, die in diesem Teil des Dyoversums die beherrschende Macht darstellen, zu bestehen. Schätzungen zufolge haben sie 30.000 Schiffe in der Hinterhand, auch wenn sie bislang mit nicht mehr Schiffen im Solsystem präsent sind, als die Terraner aufbieten können. Nadelstichartig schlagen sie an den unterschiedlichsten Stellen zu und dezimieren die terranische Flotte. In dieser Si-

tuation kann nur noch ein Bluff helfen. Perry Rhodan läßt sich beim Umbau einiger Schiffe von dem Kosmopsychologen Pierran Longat beraten. Fünf Schiffe erhalten ein Aussehen, das bei den Topsidern Angstgefühle auslösen soll. Sie erhalten wuchtige Aufbauten, die eigentlich keinerlei Funktion haben und Rhodan verleiht ihnen den Klassifizierungsnamen ALEKTO, nach der Rachegöttin in der alt-griechischen Mythologie.

Gleichzeitig läßt der Geheimdienst gezielt die Information über den Bau von Transformbomben durchsickern, die man angeblich an Bord der TESS QUMISHA entwickelt hat. Sie sollen trotz der erhöhten Hyperimpedanz in diesem Teil des Dyoversums funktionieren. Rico trifft sich mit Perry Rhodan in einem Geheimlabor seiner Technikschmiede, von dem er weiß, daß es seit geraumer Zeit von topsidischen Agenten ausspioniert wird. Hier sprechen sie ausgiebig über die neue Waffe, die man gegen die Topsider einsetzen will.

An Bord der ORATIO ANDOLFI werden fünf Topsiderschiffe ausgewählt, die abseits der aktiven Kampfhandlungen positioniert worden sind. Iwa/Iwan Mulholland dringt mit Torr Nishal, dem Sicherheitschef der ORATIO ANDOLFI, per Schmerzensteleportation durch die Schutzschirme der feindlichen Schiffe. Dort plazieren sie in den Antriebssektionen jeweils eine Bombe mit einem Zeitzünder und kehren zurück. Dann verkündet Perry Rhodan öffentlich den Einsatz einer neuen Waffe, mit der man die Topsider besiegen könne und kündigt eine Demonstration an. Die fünf ALEKTO-Schiff materialisieren nach einem genauen Zeitplan bei den präparierten Schiffen und senden um Sekunden versetzt eine Kombination aus Transmitterimpuls und gerichtetem Hyperfunkspruch ab, der eigentlich nichts bewirkt. Im selben Moment explodieren aber die Bomben, so daß es aussieht, als wäre es gelungen, eine Transformbombe durch den Schutzschirm zu bringen. Perry Rhodan fordert die Topsider daraufhin auf, den Frieden zu wählen, denn die Terraner hätten nicht vor, sie zu töten, auch wenn sie es Dank ihrer Waffen könnten.

Ghizlane Madouni, die Kommandantin der ORATIO ANDOLFI, war lange Zeit Botschafterin bei den Topsidern. Sie kennt die Gelegemutter Bun-Akkbo persönlich und schätzt sie als unnachgiebig ein, was den Schutz des Sternengeleges betrifft, aber auch als besonnen und den Terranern gegenüber nicht grundsätzlich feindlich eingestellt.

Die Topsider ziehen sich zurück. Bun-Akkbo läßt sich auf einen dauerhaften Waffenstillstand ein, hat aber eine Bedingung: Sie möchte Perry Rhodan persönlich kennenlernen. Dieses Treffen soll am 3. Januar 2047 NGZ auf Vurayur stattfinden, dem vierten Planeten der Beteigeuze. Um die 650 Lichtjahre zurückzulegen, brauchen die terranischen Schiffe auf dieser Seite des Dyoversums über eine Woche. Die Vorbereitungen für die Reise werden sofort in Angriff genommen.

Bis zum Abflug bleibt genug Zeit, dem Planeten Zeut einen Besuch abzustatten, den es im anderen Teil des Dyoversums nicht mehr gibt. Perry Rhodan hatte ihn bei einer Reise in die Vergangenheit kennengelernt. Damals beherbergte er PEW-Metall. Dies hat der hiesige Zeut nicht, dafür gibt es hier den Hyper-Exhaust-Effekt. Bei der Annäherung an den Planeten verlieren Hyperkristalle rasend schnell jegliche Energie. Deshalb muß man sich archaischer Technik bedienen, um hier zu überleben. Mit der Ankunft der TESS QUMISHA in diesem Teil des Dyoversums hat eine Veränderung des Hyper-Exhaust-Effekts stattgefunden. Die Zone, in der er wirkt, hat sich um sechseinhalb Kilometer erweitert.

Zeut zieht in einer exzentrischen Bahn um die Sonne, wofür er 277 Jahre braucht. Die meiste Zeit herrschen eisige Temperaturen, nur 15 Jahre lang, wenn sich der Planet der Sonne nähert, erwacht das Leben und explodiert geradezu. Allerdings haben sich dabei sehr aggressive Arten durchgesetzt. Nun scheint es so zu sein, daß die Lebensphase früher einsetzt. Außerdem wurden seismische Aktivitäten festgestellt, ähnlich dem "Rumoren", das der Geologe Marek Derowia bereits auf Terra untersucht.

Die Zeit, die Homer G. Adams in Suspension verbringen muß, damit sich sein Zellaktivator regeneriert, ist abgelaufen. Perry Rhodan will bei seiner Aufweckung dabei sein, um den Freund zu begrüßen. Adams hat Perry schon einmal kurz gesehen, als erpresserische Vanothen ihn entführt und gewaltsam aus der Suspension gerissen hatten. Die kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Topsidern hat Homer nicht mitbekommen. Perry Rhodan bringt ihn auf den neuesten Stand. Der Advisor befürwortet die Reise nach Zeut, den er vor 265 Jahren beim letzten Er-

wachen des Planeten besucht hatte. Es gibt eine Forschungsstation, die unter einer Energiekuppel liegt.

Perry Rhodan, Sichu Dorksteiger, Iwán/Iwa Mulholland, Donn Yaradua, Phylax und der Geologe Marek Derowia lassen sich von Farye Sepheroa in einem Spezialgleiter, der für den Hyper-Exhaust-Effekt ausgerüstet ist, nach Zeut fliegen, wo sie auch ein Tauchboot pilotiert, mit dem das Team in dem auftauenden Eisozean von Zeut auf Tauchfahrt geht.

In der Tiefsee stoßen sie auf die erwachenden Meerestiere, die, je tiefer sie kommen, immer aggressiver werden. Gleichzeitig fühlt sich Perry Rhodan immer schlechter. Er versucht, es vor Sichu zu verstecken, doch sie kennt ihn zu genau, um es nicht zu merken. Rhodan will nicht, daß wegen ihm die Expedition abgebrochen wird, doch sein Zustand verschlechtert sich immer mehr. Es scheint mit seinem Zellaktivator zusammenzuhängen. Durch irgendeinen Einfluß wird ihm Energie entzogen und wie es scheint, den Meerestieren zugeführt. Als der Beschluß umzukehren umgesetzt wird, ist es bereits zu spät, das Tauchboot wird irreparabel beschädigt. Die Besatzung muß aussteigen und nur mit Hilfe der Anzüge die Wasseroberfläche und das Ufer erreichen, was mit knapper Not gelingt. Mit zunehmendem Abstand zu Zeut erholt sich Perry Rhodan wieder.

Seltsamerweise erwachen auf ganz Zeut sämtliche Tiere zu früh aus dem Winterschlaf. Sichu Dorksteiger mutmaßt, daß zwischen diesem Phänomen und dem sogenannten Rumoren auf Terra, das auf eine ungewöhnliche Schwingung im Erdmantel in 2500 Kilometern Tiefe zurückzuführen ist, ein Zusammenhang besteht.

Um die Quelle des Einflusses aufzuspüren, der im Ozean von Zeut auf Perrys Zellaktivator eingewirkt hat, kommt der cairanische Vitalenergieorter zum Einsatz, den Dancer und Schlafner einst von den Cairanern erhalten hatten, um Perry Rhodan aufzuspüren. Die beiden Zellaktivatorträger Rhodan und Adams nähern sich von verschiedenen Seiten Zeut, um per Triangulation den Punkt zu finden, von wo aus der Energieabzug auf ihre Zellaktivatoren wirkt. So wird ein Vitalenergiefluß in 63 Kilometern Tiefe unterhalb des Meeresbodens lokalisiert. Man geht davon aus, daß er auch für den Hyper-Exhaust-Effekts verantwortlich ist.

Eine weitere Tauchfahrt wird geplant. Diesmal mit einem Gefährt, das sich durch das Gestein bewegen kann, indem es Materie in Fahrtrichtung desintegriert und hinter sich rekonstruiert und damit Füll- und Stützmasse liefert. Mit diesem 80 Meter langen torpedoförmigen sogenannten Gäonautikum, das man ORPHEUS tauft, will Perry Rhodan und sein Team erneut einen Vorstoß in die Tiefe von Zeut wagen.

http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/perry/pr3062.html

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. Mai 2020

Vorhersage für den 01.05.2020 bis zum 02.05.2020

© 2020 by Schattenblick

Der Maistart so finster,
für Jean-Luc zu grau,
denn blüht auch der Ginster,
es regnet wie Sau.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**
Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.